

<b>Ausschuss „Migration“ der Deputation für Kinder und Bildung Sitzungsprotokoll der 6. Sitzung</b>			
19. Legislaturperiode der Bremischen Bürgerschaft 2015 - 2019			
Sitzungstag <b>30.08.2017</b>	Sitzungsbeginn <b>14:30 Uhr</b>	Sitzungsende <b>16:17 Uhr</b>	Sitzungsort <b>Senatorin für Kinder und Bildung, Raum 122</b>

### **Teilnehmer/innen:**

---

siehe Anwesenheitsliste

### **Tagesordnung:**

---

TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung

TOP 2 Kenntnisnahme des Protokolls der 5. Sitzung vom 31.05.2017 (Anlage 1)

TOP 3 Aktuelle Berichte

- a) zum Bremer Sprachsommercamp 2017
- b) zur Beschulung von Flüchtlingen und zugewanderten Kindern und Jugendlichen
- c) zu den Bevölkerungsprognosen im Kontext der Familienzusammenführung von Flüchtlingen und Prognosen der Vorkurskapazitäten
- d) zu den Ausbauplanungen der Schulen und Schulstandorte

TOP 4 Verschiedenes

Frau Vogt (Die Linke) eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

### **TOP 1 Genehmigung der Tagesordnung**

---

Die Tagesordnung wird genehmigt.

### **TOP 2 Kenntnisnahme des Protokolls der 5. Sitzung vom 31.05.2017**

---

Das Protokoll wird zur Kenntnis genommen.

### **TOP 3 a Aktueller Bericht zum Bremer Sprachsommercamp 2017**

---

Frau Schroth (SKB) erläutert, dass diese Form der Sprachförderung für Kinder der 3. Jahrgangsstufe seit 2004 durch die Senatorin für Kinder und Bildung angeboten wird. Teilnehmen können Kinder, die eine zusätzliche Deutschförderung benötigen. Dies betrifft unter anderem Kinder, die zweisprachig aufwachsen. Aber auch Kinder, die den Vorkurs besuchen, werden für diese Sprachfördermaßnahme von den Eltern angemeldet. Das Bremer Sprachsommercamp findet regelmäßig in den letzten zwei vollen Wochen der Sommerferien in zwei Bremer Schullandheimen statt. Die Maßnahme ist für 120 Kinder vorgesehen,

die von insgesamt 20 Erwachsenen unterrichtet und beaufsichtigt werden. Das Förderprojekt zeichnet sich durch die Kombination von Deutschunterricht bzw. Deutsch als Zweitsprachenunterricht und Theater- und Tanzunterricht aus. Die Lerneinheiten finden vormittags statt und münden in eine nachmittägliche Freizeitgestaltung. Am Wochenende sind die Kinder bei ihren Eltern zu Hause.

Frau Ermonies-Jargielo (SKB) geht auf die aufeinander abgestimmten Konzepte für den Deutschunterricht und den Tanz-/ Theaterunterricht ein, die der Arbeit im diesjährigen Sprachsommercamp zugrunde lagen. Im Fokus des Unterrichts war vor allem die Weiterentwicklung der mündlichen Fähigkeiten. Dazu zählen unter anderem das Sprachgefühl, die Sprechfähigkeit und Betonung. Am Ende der Sprachsommercamps gab es für die Familien der Kinder, die teilgenommen haben, eine Theateraufführung im Theater am Leibnizplatz. Vor und nach den Camps fand eine Sprachstandserhebung statt, die die Entwicklung der Deutschkompetenzen der Kinder aufzeigen soll. Zum Zeitpunkt der Sitzung des Ausschusses Migration lag noch keine Auswertung der Daten vor.

Frau Schroth und Frau Ermonies- Jargielo beantworten die Rückfragen der Deputierten.

### **TOP 3 b Aktueller Bericht zur Beschulung von Flüchtlingen und zugewanderten Kindern und Jugendlichen**

---

Frau Ehsasian (SKB) geht auf die versandte Anlage 2 ein und benennt die tagesaktuellen Zugangszahlen von zugewanderten Kindern und Jugendlichen des allgemeinbildenden Bereichs. Innerhalb von zwei Jahren wurden nahezu 6.000 Kinder und Jugendliche von den Schulen aufgenommen. Es gibt weiterhin täglich neue Anmeldungen für die Beschulung in Vorkursen aufgrund von Familienzusammenführungen. Eine valide statistische Erhebung der Zugangszahlen, die im Zusammenhang mit den Familienzusammenführungen stehen, ist aufgrund der Auslandsanträge nicht möglich. Bis zum Jahr 2022 wird nach aktuellen Prognosen mit anhaltenden Zugangszahlen gerechnet. Bis dahin erfolgt voraussichtlich nur eine minimale Reduzierung der Vorkursstandorte im allgemeinbildenden Bereich.

Frau Ehsasian erläutert anhand eines Beispiels hausinterner Erhebungen die Zugangszahlen syrischer Kinder in der Stadtgemeinde Bremen im Zeitraum vom 01.01.17- 01.08.17. Daran wird verdeutlicht, dass weiterhin akuter Handlungsbedarf besteht. Bei den Fällen der Familienzusammenführungen handelt es sich zu 55 % um Kinder und Ehepartner der Asylsuchenden. Im Gegensatz dazu kamen im Wege der vorherigen Zuwanderungen ca. 20% schulpflichtige Kinder und Jugendliche nach Deutschland. Die Kapazitäten in den Regelklassen und Vorkursen sind stadtweit ausgelastet. Es gibt nur noch wenige freie Plätze in Vorkursen.

Herr Brumma (SKB) ergänzt den aktuellen Bericht für den Berufsbildenden Bereich und teilt mit, dass 89 % der an den Abschlussprüfungen teilnehmenden Schülerinnen und Schüler die Abschlüsse der Erweiterten Berufsbildungsreife und den Mittleren Schulabschluss erfolgreich absolviert haben. Über den Verbleib der Schülerinnen und Schüler wird kurz informiert.

Frau Vogt erkundigt sich nach der erbetenen Stellungnahme vom Sozialressort hinsichtlich der Frage, ob nach der Bundesratsentscheidung auch die Mindestverweildauer in den Zentralen Erstaufnahmestellen auf 2 Jahre hochgesetzt wird.

Frau Ehsasian teilt mit, dass eine schriftliche Antwort des Sozialressorts vorliegt, wonach es nicht Ziel des Sozialressorts sei, die Mindestverweildauer zu erhöhen. Die Aufenthaltsdauer in den Zentralen Erstaufnahmestellen soll so gering wie möglich gehalten werden.

### **TOP 3 c Aktueller Bericht zu den Bevölkerungsprognosen im Kontext der Familienzusammenführung von Flüchtlingen und Prognosen der Vorkurskapazitäten**

---

Frau Vogt weist darauf hin, dass die kleinräumige Betrachtung der Schulstandortplanung aufgrund fehlender EMA-Daten für diese Sitzung noch nicht umgesetzt werden konnte.

Herr de Olano (SKB) berichtet, dass die Bevölkerungsprognose des Statistischen Landesamtes zum Ende dieses Jahres erwartet wird. Die offiziellen Zahlen sind abzuwarten, um konkrete Entscheidungen zu den Schulstandortplanungen treffen zu können. Bis dahin werden Vorüberlegungen angestellt, Planungen mit Schulen besprochen und Konzepte für zahlreiche Schulstandorte entwickelt, wie sich z.B. eine moderate Erhöhung der Zügigkeit und Einführung des Ganztags realisieren lassen. Zudem wurden im letzten wie auch in diesem Schuljahr Überkapazitäten genutzt.

Frau Vogt fragt nach, inwieweit schulstrukturelle Maßnahmen mit eingeplant werden. Neben der baulichen Situation sei aus ihrer Sicht auch der Fachkräftemangel mit einzubeziehen.

Frau Vogt äußert die Idee, für die Nachmittagsbetreuung von Kindern bis 9 Jahren auch die Kindertagesstätten und deren Fachkräfte mit einzuplanen. Sie möchte wissen, wie auf den Fachkräftemangel seitens der Behörde reagiert werde.

Herr Huesmann (SKB) teilt mit, dass das Fachkräftekonzept in der Deputation für Kinder und Bildung besprochen wird. Synergieeffekte im Erzieherbereich zu nutzen, zähle zu einer Möglichkeit dem Fachkräftemangel zu begegnen. Es müsse aber vor allem gelingen, die Studierenden in Bremen zu halten. Aktuell ist die Quote derer, die ihr Studium in Bremen beginnen und in die Praxis einmünden, bei nur etwa 20 Prozent. Diese Problematik wird derzeit mit der Universität Bremen und dem Landesinstitut besprochen. Es sei wichtig, die Absolventinnen und Absolventen in das Bremer Schulsystem zu integrieren.

Herr Schlüter (Ortsamtsleiter Osterholz) erkundigt sich, wieviel Jugendliche im Berufsbildenden Bereich ohne Schulplatz sind und wieviel Kinder und Jugendliche im allgemeinbildenden Bereich unversorgt sind.

Herr Brumma antwortet, dass im Berufsbildenden Bereich alle Schülerinnen und Schüler einen Schulplatz erhalten haben.

Frau Ehsasian teilt mit, dass im allgemeinbildenden Bereich aktuell 87 Kinder und Jugendliche auf der Warteliste für einen Vorkursplatz stehen.

Herr Nowack (Ortsamtsleiter Blumenthal) erkundigt sich nach den Gründen für den Wegfall der Studenten und fragt, was gegen diese Entwicklung unternommen werden könne, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Herr Nowack teilt mit, dass durch die Aufnahme des Ganztagsbetriebes an einer Grundschule in Blumenthal Hortplätze verloren gehen. Es wird vorgeschlagen, das frei werdende Hort-Personal für den schulischen Bereich vorzusehen.

Herr Huesmann geht näher auf die Gespräche mit der Universität Bremen ein. Es sollen Verlaufsbiographien der Studierenden erstellt werden, die bei der Analyse helfen. In der Vergangenheit hat es sich als positiv herausgestellt, den Lehramtsstudierenden in den Praxissemestern erste Unterrichtserfahrungen in Schulen zu ermöglichen. Wichtig dabei sei die gute Begleitung durch Mentorinnen und Mentoren. Insgesamt müsse eine Veränderung der Rahmenbedingungen stattfinden, um attraktivere Arbeitsbedingungen in diesem Tätigkeitsfeld zu schaffen. Für diesen Prozess sind mehrere Akteure gefordert.

Herr Huesmann ist der Ansicht, dass auch Hospitationen von Lehrkräften im Hort zu einer Option der Fachkräftesicherung zählen.

Frau Vogt erkundigt sich konkret nach den schulischen Ausbauplanungen der Schulen in den Stadtteilen Gröpelingen, Blumenthal, Huchting und Obervieland.

Herr de Olano antwortet auf die Frage mit den jeweils vorgesehenen Erhöhungen der Zügigkeiten der Schulen in den benannten Stadtteilen.

Herr Schlüter möchte wissen, ob durch die niedersächsischen Schülerinnen und Schüler eine nennenswerte Kapazitätsauslastung erfolgt und wie diese ggf. für die eigene Versorgung der Kinder und Jugendlichen in der Stadtgemeinde Bremen anderweitig genutzt werden könne.

Herr Huesmann geht kurz darauf ein und verdeutlicht, dass dies keine Kapazitätsentlastung herbeiführen würde und auch nicht im Sinne eines gut nachbarschaftlichen Verhältnisses zu Niedersachsen zur Debatte stehe.

Herr Brandenburg (Zentralelternbeirat Bremen) erkundigt sich nach den schulischen Ausbauplanungen für den Berufsbildenden Bereich.

Herr de Olano teilt mit, dass auch die berufsbildenden Schulen betrachtet werden. Schwerpunkte der investiven Maßnahmen der nächsten Jahre sind aufgrund der hohen Zugangsprognosen gemäß der ausgeteilten Anlage die Schulen des allgemeinbildenden Bereichs.

Herr Huesmann ergänzt hierzu, dass die Zugangsspitzen im Primarbereich für 2025 erwartet werden und für den Sekundarbereich I im Jahr 2030. Dementsprechend münden diese Schülerinnen und Schüler erst später in den Berufsbildenden Bereich.

Frau Yildiz (Bündnis 90/ Die Grünen) fragt, ob der Behörde Daten vorliegen, wieviel Lehrkräfte nach Deutschland geflüchtet sind und ob es eine Möglichkeit der Anerkennung der ausländischen Bildungsnachweise und deren Abschlüsse gibt.

Herr Thiele (SKB) teilt mit, dass hierüber keine Daten bei der Behörde erfasst werden (können).

Herr Huesmann antwortet, dass es abgesehen von der fehlenden Möglichkeit der Erfassung der pädagogischen Hintergründe von zugewanderten Menschen ein Bremer Netzwerk der Pädagoginnen und Pädagogen mit Zuwanderungsgeschichte gibt. Die nähere Betrachtung dieser Thematik könnte in einer der nächsten Sitzungen erfolgen.

Herr Brandenburg ist der Ansicht, dass die Eingangsvoraussetzungen für den Einstieg von ausländischen Pädagoginnen und Pädagogen schwierig sei und dass an einer Verbesserung gearbeitet werden müsse.

Herr Huesmann weist deutlich darauf hin, dass Bewerbungen für den Seiteneinstieg von Lehrpersonal möglich sind und intensiv daran gearbeitet wird.

#### **Top 4 Verschiedenes**

---

Frau Vogt bittet darum, folgende Themen in den nächsten Sitzungen des Ausschusses zu besprechen:

- Schulstandortplanung, kleinräumige Betrachtung nach Eingang der Daten
- Nähere Betrachtung des Beruflichen Bildungsbereichs und der Klärung der Frage des Verbleibs der jungen Erwachsenen
- Fachkräfteproblematik

Die Tagesordnung für die nächste Sitzung am 01.11.2017 wird kurzfristig geklärt.

Frau Vogt schließt die Sitzung um 16.17 Uhr.

---


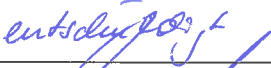

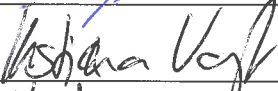

gez. Jäger  
Protokollantin

Bitte zurück  
an Fr. Jager

### Anwesenheitsliste


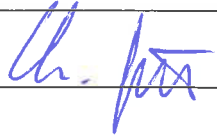
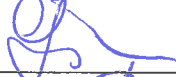



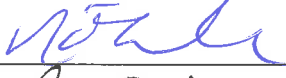

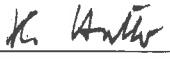

Ausschuss Migration der Deputation für Kinder und Bildung  
6. Sitzung, 19. LP

Sitzungstag	Sitzungsbeginn	Sitzungsende	Sitzungsort
30.08.2017	15.30 Uhr		SKB, Raum 122

Mitglieder des Ausschusses	Unterschrift *)
Catharina Hanke	
Julie Kohlrausch	
Monika Peters	
Helmut Weigelt	
Kristina Vogt	
Kebire Yildiz	

\*) Vertretende Teilnehmer/innen bitte mit i.V. unterschreiben

### Behörde / Gäste

Name	Unterschrift	Name	Unterschrift
Daniel de Olano		Christian Gyll	
Karsten Thiele			
Brummig Winfried			
Di. Lorge, Ver. 7			
Peter Nowack			
Ute Möhle			
Gertrud Büter			
Katrin Hütter			
Christoph Alex			
Ulrich Schlüter	